

Klarheit für all die Vereine und Verbände für die Zeit bis zum 31. August zu schaffen.

Definitiv werden darunter beispielsweise Volksfeste, Schützenfeste, Stadtfeste, Dorffeste und Vergleichbares fallen, also unabhängig von der Art der Teilnehmerzahl und übrigens auch unabhängig von der Art der Hygienevorschrift, weil einfach Großveranstaltungen das Risiko bieten, dass sich die Infektion wieder ausbreiten kann.

Es findet heute eine weitere Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin statt. Wenn die Ergebnisse feststehen, wird eine entsprechende Rechtsverordnung für Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht, damit Klarheit für die Veranstalter besteht, genauso wie für die Gesteller von Veranstaltungsräumen oder fliegenden Bauten in Form von Zelten.

Wir haben unterschiedliche Betroffenheiten, auch das klingt schon an. Manche Vereine und Verbände sind auf die Einnahmen angewiesen, um daraus die laufenden Fixkosten zu decken. Andere Vereine und Verbände haben beispielsweise schon Ausgaben heruntergefahren, in Verbindung mit Einnahmen stehende Ausgaben ganz aussetzen können und kommen so über die Runden. Herr Keymis hat gerade schon die Fördervereine und Vergleichbares angeführt.

Deshalb lohnt sich ein differenzierter Blick. Die Abgeordneten haben verschiedene Anforderungen an das Soforthilfeprogramm definiert – es sollen gemeinnützige Vereine sein; ich denke, das können wir definieren –, und sie haben Eckpunkte aufgemacht, wofür das Geld verwendet werden soll.

Das werden wir gemeinsam sehr gut auf den Weg bekommen; denn die Vereine und Verbände, letztendlich getragen von Zigtausenden ehrenamtlichen Frauen und Männern, sind die, die Heimat in Nordrhein-Westfalen gestalten. Das gilt für die Heimat- und Schützenvereine, aber es sind auch ganz viele andere Vereine und Verbände.

Wir merken das bei dem landeseigenen Förderprogramm „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen.“ Wir fördern, was Menschen verbindet; denn darauf kommt es uns an. Das, was Menschen verbindet, ist uns wichtig – nicht das Trennende, sondern das Verbindende.

(Christian Dahm [SPD]: Das steht doch nicht im Antrag! Da sind wir doch gar nicht auseinander!)

Dazu gehören auch die Angehörigen anderer Religionen. Ich glaube, das ist das demokratische Verständnis im Landtag von Nordrhein-Westfalen, denn die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Ich freue mich unverändert, dass sich der weitaus überwiegende Teil des Landtags zum Grundgesetz bekennt.

Wir wissen, dass es hier eine Fraktion gibt, die das Grundgesetz permanent angreift, aber es ist unser Auftrag, es zu verteidigen. Und das tun genauso die Zigtausend Frauen und Männer, die in den Vereinen und Verbänden in Nordrhein-Westfalen das gesellschaftliche Leben prägen, Menschen zusammenführen, Gesellschaft und Gemeinschaft starkmachen.

Deswegen freue ich mich, wenn Sie heute mit großer Geschlossenheit diesen Antrag unterstützen und damit den Weg für ein Soforthilfeprogramm für Heimat, Brauchtum und Tradition frei machen. Ich bin mir sicher, dass wir uns über die Konditionen einig werden und damit ein starkes Signal an unsere Vereine und Verbände und damit an unsere Gesellschaft senden.

Auch wenn jetzt keine Versammlungen und Veranstaltungen stattfinden können, wird es irgendwann wieder eine Zeit dafür geben. Ich denke, die ist gar nicht so weit weg. Wir werden es langsam erleben, dass Veranstaltungen und Versammlungen wieder durchgeführt werden und damit die Gesellschaft und Gemeinschaft wieder zusammenkommen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor, daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Erstens stimmen wir über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/9040 ab. Die antragstellenden Fraktionen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/9040. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind CDU, FDP, Grüne und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Pretzell. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer Enthält sich? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/9040 einstimmig angenommen.**

Zweitens stimmen wir über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/9120 ab. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und der fraktionslose Abgeordnete Pretzell. Enthaltungen? – Enthaltung bei der AfD. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/9120 abgelehnt.**

Ich rufe auf:

5 Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2020 (Bildungssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9051

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Schule und Bildung
Drucksache 17/9104

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9108

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9119

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9136

Damit eröffne ich die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der CDU dem Abgeordneten Rock das Wort.

Frank Rock (CDU): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der amerikanische Präsident John F. Kennedy stellte fest, dass sich das Wort „Krise“ im Chinesischen aus zwei Schriftzeichen zusammensetzt. Das eine bedeutet Gefahr, das andere Gelegenheit. So sind Krisen Gefahr und Gelegenheit.

Mit dem optimistischen Blick eines Rheinländers sollten wir nunmehr die Gelegenheit nutzen, um uns nach und nach aus der schulischen Krise zu befreien. Ein erster Schritt war die Schulöffnung in der letzten Woche.

Ein zweiter Schritt ist die Sicherung der Abschlüsse und der Versetzungen im schulischen Bereich durch dieses Gesetz. Das Gesetz gibt den jungen Menschen in unserem Land die Sicherheit, dass sie trotz Corona ihre Schullaufbahn ordentlich beenden können und keine Nachteile erleiden müssen. Das ist richtig und wichtig.

Ich habe in meinen gestrigen Ausführungen versucht darzulegen, dass die jetzige schulische Situation eine ganz besondere ist und wir sehr dankbar sein können, dass unsere engagierten Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer das größtenteils hervorragend hinbekommen haben.

Eine Krise bedarf gemeinsamer demokratischer Entscheidungen. Mit Blick auf die gestrige Plenarsitzung und die heutige Schulausschusssitzung möchte ich eingangs feststellen, dass die SPD-Fraktion – bei allen unterschiedlichen Ansätzen: sie eher Probleme suchend, emotional und ganz laut, lieber Kollege Ott; wir eher lösungsorientiert, sachlich und ziemlich ruhig –

(Lachen von der SPD)

mit Zustimmung zu diesem Ausnahmegesetz Verantwortung übernimmt.

Umso mehr ist nicht zu verstehen, welche schulpolitische Rolle die Grünen im Land spielen. Erst fahren sie sieben Jahre lang den Karren vor die Wand. Dann sind sie in einer Notlage, einer gewaltigen Krise, nicht in der Lage, einem Gesetz zuzustimmen, das Sicherheit und Klarheit für unsere Schülerinnen und Schüler schafft.

Ich hinterfrage immer wieder, was das Ziel dieses Vorgehens ist, wenn man auf dem Rücken vieler junger Menschen einem Ausnahmegesetz nicht zustimmt, nur weil darin nicht eine Option für ein No-tabitur steht. Wahnsinn!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wahnsinn ist auch, wenn Kollegin Beer immer vom Untergang des Abendlandes für Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulen philosophiert, ausschließlich Probleme sucht und für sich in Anspruch nimmt, als Einzige diese Probleme zu erkennen und zu benennen.

Gehen wir noch einmal grundsätzlich auf das Gesetz ein: Es steht auf der Grundlage der Bund-Länder-Vereinbarung sowie der Beschlüsse der KMK und soll eine Antwort darauf geben, dass den Schülerinnen und Schülern in den schulischen Krisensituationen, für die sie keinerlei Verantwortung hatten, keine Nachteile entstehen.

Dieser Geist findet sich in vielen Veränderungsbereichen des Gesetzes und der Verordnung wieder. Das betrifft die Leistungsbewertung, die Versetzung, die Wiederholungsprüfung, die Anerkennung von Vorleistungen und die Verlängerung von Bildungsgängen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie an den Punkten erkennen können, macht der Gesetzentwurf mit Blick auf die aktuellen Schulgesetzveränderungen Vorschläge mit Maß und Mitte. Er trägt in den nächsten Tagen dafür Sorge, dass wir einen Schritt zu verantwortlicher Normalität in unseren Schulen zurückkommen.

Wichtig ist dabei, dass die Schulstufen beendet werden und die weiteren Bildungswege eine Chance erhalten.

Zum Schluss möchte ich noch auf einige Punkte der Opposition eingehen, die bei politischen Auseinandersetzungen und Vorwürfen immer darum bittet, auf andere Bundesländer zu schauen, in denen die Regierungsverantwortung von anderen Farben getragen wird. Das macht Sie leider ein Stück weit angreifbar.

Das laute Schreien bei manchen Wortbeiträgen macht die Sache nicht besser oder richtiger. In der Pädagogik gibt es den Grundsatz: Wer schreit, hat

Unrecht. – Oder ist es ein Schrei nach Aufmerksamkeit?

Zum Vorwurf der SPD in Person von Herrn Ott, die Priorisierung der Prüfungen gehe zulasten der anderen Schülerinnen und Schüler:

(Jochen Ott [SPD]: Das ist die Wahrheit!)

Das ist nicht nachweisbar, ist auch nicht trivial und hängt von vielen anderen Faktoren ab.

Herr Ott, hier möchte ich die Vorgehensweise Ihres Parteikollegen, des niedersächsischen Ministers Tonne, anführen. Mitte April hat er einen Plan vorgestellt, der vorsieht, dass erst in der letzten Phase, die von Ende Mai bis Mitte Juni dauern soll, unter anderem die Klassen 1 und 2 und die Klassen 5 bis 8 teilweise in die Schule kommen sollen. Vorher gilt wie in allen anderen Ländern auch, dass nur Prüflinge und Abschlussklassen in die Schule kommen. Genau in diesem Zeitraum finden übrigens die Prüfungen der Sekundarstufe I statt. Anscheinend hat die SPD, die in Niedersachsen gemeinsam mit der CDU Regierungsverantwortung trägt, einen anderen Blick auf die Sache.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Die haben einen Plan vorgelegt! Ihr nicht! Das ist der Unterschied! – Henning Höne [FDP]: Jochen schreit schon wieder! – Gegenruf von Sarah Philipp [SPD]: Er hat aber recht!)

– Das war ja relativ ruhig.

Präsident André Kuper: Die Redezeit, bitte.

Frank Rock (CDU): Jetzt kommt mein letzter Satz. – Ich glaube, sagen zu können, dass der gerade noch verteilte Entschließungsantrag wieder davon zeugt, wie wir hier aufgestellt sind. Heute Morgen hatten wir die Schulausschusssitzung. Ich habe den Antrag noch nicht einmal gesehen und soll gleich darüber abstimmen.

Wir wissen, dass Krisenzeiten immer entsprechende Zeiträume beinhalten. Sie kritisieren das in den Sitzungen jedes Mal ausdrücklich, Herr Ott. Selber aber legen Sie hier auf diese Weise einen Entschließungsantrag vor. Ich möchte bezweifeln, dass das saubere Politik ist.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Zum Schluss möchte ich mich bei allen Verbänden, die die Kolleginnen und Kollegen, die Eltern sowie die Schülerinnen und Schüler vertreten, bedanken, die sich bei diesem Gesetzentwurf eingebracht haben.

Ich bitte die Verbände bei ihren berechtigten Sorgen aber auch um ein größeres Verständnis dafür, dass wir schwierige Krisenzeiten haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD hat die Abgeordnete Frau Voigt-Küppers das Wort.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will vorab sagen: Wir werden dem Gesetz zustimmen. Ich glaube, das ist wichtig, damit sich die Atmosphäre, die gerade noch ein bisschen aufgeheizt war, abkühlt, die Ministerin ihre Sicherheit hat und Herr Rock das Gesetz auch in trockenen Tüchern weiß.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Herr Rock, erlauben Sie mir nichtsdestotrotz eine Replik. Die Menschen sind unterschiedlich. Herr Ott hat gestern sehr engagiert vorgetragen, was wir mit unserem Entschließungsantrag zur Sicherung und zur Fortführung von Bildungsmaßnahmen ergänzen wollen. Herr Ott ist ein temperamentvoller Mensch.

(Heiterkeit von allen Fraktionen)

Ich bin weniger temperamentvoll.

Dass wir diese Rollen einnehmen können, ist auch gut so. Denn das, was Herr Ott gestern sichtlich engagiert vorgetragen hat, entspricht der Gemütslage vieler Menschen in diesem Land. Es gibt aber auch viele Menschen, die eher meine Gemütslage haben. Sie sind verunsichert, finden sich nicht zurecht und sagen: Das, was da passiert, kann ich nicht verstehen.

Liebe Ministerin, wir stimmen dem Gesetz zwar zu. Wie es zu diesem Gesetz gekommen ist, hat mich aber an vielen Stellen verunsichert und manchmal sogar verzweifeln lassen. Denn ich habe Ihre Art, zu handeln, nicht verstanden.

Ich muss sehr deutlich sagen: Herr Rock beruft sich immer auf die Krise. Ich gebe ihm in vollem Umfang recht. Denn wir sind in der Krise, und Krisen brauchen andere Mittel als normale Zeiten.

Wir haben Ihnen angeboten, in der Krise konstruktiv mitzuarbeiten, und Ihnen gesagt: Legen Sie Ihre Pläne offen; dann wägen wir sie gemeinsam ab. – Was wir von Ihnen bekommen haben, waren Ablehnungen.

Am 8. April, drei Wochen nach der Schließung der Schulen, haben wir gesagt: Wir sind bereit, mit abzuwägen, was besser ist, erst die Abschlussprüfungen und damit Binden von viel Personal – auch wenn Herr Rock das bezweifelt, binden wir damit viel Personal – oder vielleicht erst andere Jahrgänge.

Das haben Sie verweigert und gesagt: Ich warte auf die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten. – Daraufhin haben wir gesagt: Dann teilen Sie uns wenigstens vorher mit, was Sie machen wollen.

Am 16. April hatten wir dann die Schulausschusssitzung, in der Sie uns mitgeteilt haben, dass Sie mit den anderen Kultusministern und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten das Abitur in Abschlussprüfungen ablegen lassen wollen.

Da sagen wir: Frau Ministerin, Sie haben entschieden. Damit ist das Ihr Gesetz und Ihre Verantwortung.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin, ich habe nicht verstanden, warum Sie sich in den Elfenbeinturm Ihres Ministeriums zurückgezogen haben und alle Ratschläge sowie alle Angebote abgelehnt haben. Sie haben in diesem Land doch die geballte Kompetenz. Das hat uns die Schulöffnung wieder gezeigt. Während der Schulöffnung haben wir gesehen, dass wir Schulleitungen, Schulkollegien und Kommunen haben, die bereit sind, bis an den Rand der Belastung zu gehen, damit Schülerinnen und Schülern vernünftige Angebote im Bereich der Schule gemacht werden.

(Beifall von der SPD)

Sie haben erklärt, der Schulstart sei wunderbar gewesen. Ich lese Verlautbarungen von drei kommunalen Spitzenverbänden, von Schulleitungsverbänden und von Lehrgewerkschaften. Sie sagen alle, er sei eine Katastrophe gewesen.

Ich weiß nicht, wie ich es verstehen soll, wenn Sie nach all diesen Veröffentlichungen und vor allen Dingen – das fällt mir gerade noch ein – nach dem Auftritt Ihres Ministerpräsidenten am Sonntag bei „ANNE WILL“, der den Kommunen, die alles tun wollen, vorwirft, es nicht ordentlich umgesetzt zu haben ... Ich weiß nicht, wie ich es beurteilen soll, wenn das an Ihnen abprallt.

Dennoch will ich Ihnen ein weiteres Mal die Hand ausstrecken und sage: Das, was in diesem Land die schlimmsten Befürchtungen sind, sind wir bereit – auch, nachdem Sie unsere Mitarbeit immer und immer wieder abgelehnt haben –, noch einmal im Sinne der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und derer, die all dieses umsetzen müssen ... Nehmen Sie das, was wir hier gestern in Form von Entschließungsanträgen eingereicht und heute noch einmal ergänzt haben, an.

Ja, wir haben den Antrag sehr spät vorgelegt. Das gebe ich zu. Es ist aber ein Antrag, der auf der Beratung des Schulausschlusses heute Morgen basiert. In diesem Schulausschuss hatten wir Erkenntnisse. Offensichtlich scheint für die Regierungsparteien ein Meinungsbild eingemeißelt zu sein. Auf Ratschläge brauchen sie sich nicht einzulassen.

(Beifall von der SPD)

Das ist nicht unsere Art. Wir können das, was gesagt wird, durchaus umsetzen.

Heute Morgen hat die Ministerin am Anfang sehr deutlich erklärt: Ich möchte eine Verordnung haben. Wenn der Notfall ausbricht, möchte ich reagieren können. – Wir haben gesagt: Frau Ministerin, wir sind immer bereit, Ihnen zu helfen. Wir sind nur nicht bereit, Ihnen in dieser Form zu helfen. Das ist eine Sache des Parlaments.

Jetzt erklärt die Ministerin – unterstützt von ihrer Sprecherin, Frau Müller-Rech –,

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Bin ich jetzt die Sprecherin der Ministerin?)

es werde den Notfall nicht geben. Ich frage mich, wie man eine solche Behauptung in einem öffentlichen Raum aufstellen kann.

Ich höre aber – und da bin ich wieder bei dem Punkt, dass ich es nicht verstehe –, dass die Virologen sagen, sie könnten die Lage nicht einschätzen; es könne jederzeit ein Rollback geben.

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, die Redezeit ist deutlich überschritten.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Wir sitzen hier, wie eben gesagt wurde, schön warm und sagen: Den Notfall wird es nicht geben. Wir brauchen aber eine Regelung für den Notfall. Eine solche haben wir Ihnen vorgelegt.

Präsident André Kuper: Jetzt gibt es eine Zwischenfrage. Wollen Sie diese zulassen?

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Ja, gerne.

Präsident André Kuper: Herr Kollege Rock, bitte.

Frank Rock (CDU): Liebe Kollegin, danke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben meine Kritik daran, dass der Antrag so spät kam, aufgegriffen. Ich habe auch geäußert, dass ich weiß, dass wir heute eine Schulausschusssitzung hatten. Haben Sie Kritik an den Zeitplänen der Ministerin geäußert, dass alles viel zu spät kommt? Haben Sie diese Kritik schon einmal persönlich geäußert? Meine Kritik war nämlich, dass er auch mir zu spät war. Haben auch Sie schon mal Kritik an zu späten Situationen geäußert? Sie tun dann nämlich nichts anderes, als dieselbe Kritik zu äußern wie ich.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Herr Rock, ich danke Ihnen für diese Nachfrage. Sie gibt mir

nämlich die Gelegenheit, noch zu diesem Aspekt Stellung zu nehmen.

In der Tat haben wir Kritik an den Zeitplänen geäußert. Wir bleiben auch bei dieser Kritik.

Was Sie gerade tun, ist aber der schändliche Versuch, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Wir befinden uns hier in einem parlamentarischen Dialogprozess. Das, was die Ministerin vorgelegt hat, ist aber eine Anweisung für Leute, die daraus anschließend Prozesse erstellen sollen.

(Beifall von der SPD)

Das ist etwas völlig anderes. Dafür brauche ich mehr Zeit, Eindeutigkeiten und Verantwortlichkeiten. All das haben wir in diesen Plänen vermisst. – Herr Rock, ich danke Ihnen, dass ich das hier noch einmal feststellen durfte.

Präsident André Kuper: Vielen Dank. Ihre Redezeit ist schon um 2:26 Minuten überschritten. Frau Kollegin, deswegen sind jetzt bei aller Großzügigkeit, die durch die Zwischenfrage gegeben war, die Antwort und die Redezeit vorbei.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Herr Präsident, ich danke Ihnen. – Ich sage noch einen Abschlusssatz.

(Beifall von der SPD – Das Mikrofon am Redepult wird ausgeschaltet. – Heiterkeit)

Präsident André Kuper: Aber nicht mit mir. Ich danke Ihnen für Ihre Rede. – Ich bitte für die FDP die Abgeordnete Kollegin Müller-Rech ans Redepult. Sie wird unter Beweis stellen, dass nicht nur Herr Ott temperamentvoll ist, sondern wir noch weitere Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete mit entsprechendem Temperament haben – wie auch die Kollegin Frau Voigt-Küppers zum Schluss bewiesen hat. Bitte.

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Dem muss ich jetzt wohl gerecht werden.

Ich finde es bemerkenswert, dass wir hier den ganzen Tag zusammensitzen, liebe Frau Kollegin, und der Entschließungsantrag zehn Minuten vor der Eröffnung des Tagesordnungspunktes hier virtuell hereinflattert. Wir sitzen hier den ganzen Tag, sodass Sie mit uns hätten sprechen können. Sie hätten auch über diese Absicht mit uns sprechen können. Offensichtlich geht es hier nur um eine PR-Aktion und nicht um eine wirkliche Zusammenarbeit.

(Zurufe von der SPD)

– Vielleicht hört ihr einmal zu, liebe Kollegen der Sozialdemokratie. Herr Ott!

(Unruhe – Glocke)

Also noch einmal: Über ernst gemeinte Angebote der Zusammenarbeit kann man sprechen. Aber das hier ist nur ein PR-Gag, glaube ich. Deswegen kann man hier nicht von Zusammenarbeit reden, sondern es ist immer noch ein Alleingang.

Wir sprechen hier über den Gesetzentwurf, den wir gestern eingebracht haben und mit dem jetzt im Hinblick auf die aktuelle Pandemielage die Möglichkeit geschaffen werden soll, vom Schulgesetz abzuweichen, weil es eben kein normales Schuljahr ist. Diese Änderungen im Schulgesetz sollen gewährleisten, dass den Schülerinnen und Schülern sowie den Lehramtsanwärtern keine Nachteile aus der Pandemielage entstehen. Ich möchte exemplarisch drei Beispiele nennen:

Erstens: die ZP 10. Diese können abweichend als dezentrale Prüfungen durchgeführt werden. Es ist für unsere Zehner ganz wichtig, dass das jetzt eine Klassenarbeit ist, weil zum Zeitpunkt der Schulschließungen die 10. Klassen mit dem Unterrichtsstoff noch nicht durch waren – im Gegensatz zu den Abiturientinnen und Abiturienten. Deswegen ist es sehr wichtig, dass wir die Zehner mit diesem wichtigen Zeichen unterstützen.

Zweitens: die Sprachstandsfeststellung Delfin 4. Diese wird normalerweise zwei Jahre vor der Einschulung durchgeführt. Nun wird sie auf das kommende Jahr verschoben und dort aber nachgeholt. Es ist wichtig, dass wir das durchführen, aber auch vertretbar, es zu verschieben.

Drittens: die Versetzung. Im Schuljahr 2019/2020 wird eine Schülerin oder ein Schüler auch dann in die nächsthöhere Klasse oder Jahrgangsstufe versetzt, wenn die Leistungsanforderungen nicht erfüllt sind. Es wurden in diesem Jahr keine Blauen Briefe versendet. Die Schülerinnen und Schüler hatten nicht die Möglichkeit, sich zu verbessern. Daher ist auch dieses Vorgehen nur fair und wichtig.

Nach diesen drei Schwerpunkten komme ich zu der fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit zurück. Darüber haben wir heute schon viel gehört. Ich möchte zusammenfassend feststellen, dass ich mir persönlich mehr gewünscht hätte, um unseren Bürgerinnen und Bürgern im Land zu zeigen, dass wir Demokraten in Zeiten der Krise hier eng zusammenarbeiten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Stattdessen – hier möchte ich auf die Grünen eingehen – findet gerade im Social-Media-Bereich politische Profilierung statt. Auf billigste Weise werden dort Erstwähler für die kommenden Wahlen für sich gewonnen.

Ich weise noch einmal auf das Impulspapier hin, weil es darauf immer noch keine zufriedenstellende Antwort gibt, Frau Kollegin. Die Grünen schreiben – ich zitiere –:

„Die Kultusministerinnen und Kultusminister sollten sich selbstverständlich an die Vereinbarungen der Länder mit dem Bund halten und sollten sich bei allen weiteren Entscheidungen eng abstimmen.“

Am selben Tag spricht sich Sigrid Beer auf Twitter für das Gegenteil aus, nämlich für das Durchschnittsabitur und damit für einen NRW-Alleingang. Die Erklärungsversuche in der heutigen Sitzung des Schulausschusses waren kläglich und nicht stichhaltig. Es war ein Schwimmen, ein Ringen nach Erklärungen, überhaupt nicht überzeugend, ein klares politisches Manöver und wirklich unredlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann zitiert sie auch noch die Ministerin falsch und weigert sich trotz Nachweisen auch heute im Schulausschuss, sich zu entschuldigen.

Arndt Klocke wirft unserem Kollegen Alexander Brockmeier vor, Lehrerverbände zu beschimpfen sowie Eltern und Schüler herabzuwürdigen. Auch dort erfolgt keine Entschuldigung.

Das ist kein politischer Stil. So etwas finde ich nicht in Ordnung. Hier geht es nur um politische Geländegewinne. Sie sollten sich einmal selber die Frage stellen, ob das wirklich der Politikstil ist, den Sie hier an den Tag legen wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Frau Kollegin, der gerade Angesprochene möchte eine Zwischenfrage stellen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ja, sehr gerne.

Präsident André Kuper: Bitte schön.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. – Frau Kollegin, meinen Sie nicht, dass Sie durch Ihre Wortwahl, die Sie gerade hier gegen die Grünen an den Tag legen ... Sie haben mir das gestern in zahlreichen E-Mails, Tweets etc. vorgeworfen, und die JuLis haben sich entsprechend mobilisiert. Ich bin nachher mit dem Kollegen Brockmeier zum Kaffee verabredet, um das einmal auszuräumen; dies nur zur Info. Meinen Sie nicht, dass das – auch mit Blick auf Ihre Tonalität, nämlich „kläglich“, „unredlich“, „Lügen“ etc. – merkwürdig ist? Nur Sie haben immer das Recht, Vorwürfe zu machen; aber wenn das mal ein Redner von den Grünen macht, dann ist es völlig unter der Gürtellinie.

(Zuruf von Frank Rock [CDU])

Franziska Müller-Rech (FDP): Herr Kollege Klocke, „unter der Gürtellinie“, „kläglich“ und solche Begriffe habe ich nicht verwendet. Dass Sie ausgerechnet das jetzt hier vortragen ...

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Sie haben gerade wortwörtlich „kläglich“ gesagt!)

– „Unredlich“ habe ich gesagt. Herr Klocke, offenbar haben Sie tatsächlich ein Problem mit wörtlichen Zitaten. Vielleicht sollten Sie dann einmal Ihre Wortwahl prüfen. Das ist gerade ein exemplarischer Fall.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Danke für die Belehrung! Ich habe ein gutes Gehör!)

Es sind doch normalerweise die Grünen, die mit erhobenem Zeigefinger durch das Parlament und durch das Land ziehen und andere Menschen belehren.

(Beifall von der FDP – Arndt Klocke [GRÜNE]: Der mit dem größten erhobenen Zeigefinger, den ich hier erlebt habe, war Christian Lindner!)

So viel Selbstbild sollte schon vorhanden sein.

Mit dieser Zwischenfrage und diesen Zwischenrufen haben Sie aber viel mehr über sich preisgegeben, als ich hier hätte ausführen können. Ich glaube, das spricht für sich.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Vielen Dank, Frau Kollegin! Sehr charmant!)

Ich komme zurück zum Thema und möchte – das passt sehr gut – Helmut Schmidt zitieren: „In der Krise zeigt sich der Charakter.“

Nach dem, was die Grünen hier an den Tag legen, betrachte ich die Angebote zur Zusammenarbeit, die auch in den letzten Monaten und Jahren gekommen sind, heute mit ganz anderen Augen.

Zum Schluss: Wir beschließen heute ein Gesetz, das die dringend erforderlichen Anpassungen für dieses Ausnahmejahr regelt.

Noch einmal: Wir sollten hier nicht Signale für einen NRW-Alleingang in Form von Abschlüssen ohne Prüfung senden. Wir halten an dem gemeinsamen Weg der Ländergemeinschaft fest, der von Politikerinnen und Politikern von CDU, SPD, FDP, Grünen, Linken und Freien Wählern gemeinsam beschritten wird.

Schließen möchte ich mit meinem ganz persönlichen Lieblingszitat von Walter Scheel:

„Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es,

das Richtige zu tun und es dann populär zu machen.“

Genau das tun wir. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Als nächster Rednerin erteile ich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordneten Frau Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wer heute Morgen den Livestream der Schulausschusssitzung gesehen hat, wird sehr gut beurteilen können, wie die Debatte verlaufen ist.

Frau Kollegin Müller-Rech, vielleicht können wir uns auf der Metaebene einigen, dass das Mittel der persönlichen Diskreditierung in der Form, wie Sie es auch gerade in Ihrer Rede versucht haben, nicht gerade politikfreundlich und -förderlich ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will mich daran gar nicht lange aufhalten, sondern komme zur Sache zurück. Ich fand es sehr bemerkenswert, dass Frau Karliczek heute angeregt hat, gegebenenfalls die Abiturnoten in diesem Jahr anzuheben. Dieser Vorschlag scheint auch ein Hinweis darauf zu sein, wie fragil und nicht belastbar die Ausgangsvoraussetzungen sind.

In der heutigen Sitzung des Schulausschusses wurde überdeutlich, dass es auf der KMK-Ebene vier unterschiedliche verabredete Regelungen zur Durchführung von Prüfungen und zur Vergabe von Abschlüssen gibt. Es sind vier Szenarien – darunter auch eines, um für den Notfall vorbereitet zu sein, falls Unterricht regulär nicht möglich sein sollte.

Klar wurde auch, dass die Ministerin es versäumt hat, die konkreten Ausgleichsregelungen zu definieren und in den Regelungen zu beschreiben – und das weit vor Ostern und ohne absehen zu können, wie sich das Infektionsgeschehen weiterentwickelt.

Das ist auch heute noch so. Wir wissen nicht, wie sich die Öffnungen im öffentlichen Leben auswirken. Gemeinsam müssen wir inständig hoffen, dass es keine negativen Entwicklungen gibt. Dies würde endgültig alle Pläne zunichtemachen, dass möglichst viele SchülerInnen ihre Schule und ihre Lehrer wiedersehen, was absolut wünschenswert und notwendig ist.

Aber schon jetzt sind die Chancen in den weiterführenden Schulen sehr unterschiedlich. Sie haben nicht die Chancen aller Kinder und Jugendlichen im Blick, wenn Sie durch die Prüfungsvorbereitungen Räume, Zeit und Lehrkräfte binden. Noch einmal

verstärkt ist dies an den Gesamtschulen der Fall, wo es zwei Prüfungsjahrgänge gibt.

Mit Blick auf die SchülerInnen muss doch einmal festgehalten werden: Es gibt schon jetzt eine Chancenungleichheit hinsichtlich der Vorbereitung im Distanzlernen – jetzt durch die unterschiedlichen Angebote der Schulen, durch die real bestehenden Unterrichtsbedingungen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Vorher gab es die nicht? Sigrid Beer, das ist doch peinlich!)

– Jetzt. Es gibt in dieser Coronazeit keine gerechten, vergleichbaren Prüfungen, auch nicht in NRW.

Auch zwischen den Ländern gibt es Disparitäten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Peinlich, peinlich!)

Das ist zum Beispiel aufgrund unterschiedlicher Zeitpläne der Fall. Zum Teil war das Abitur schon zu Beginn der Coronakrise weitgehend erledigt; zum Teil steht es erst im Sommer an.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist doch unerträglich!)

Für den Kita-Bereich hieß es heute Morgen: Rahmensetzung und gegebenenfalls passgenaue Schritte in den Ländern. – Für die Schule soll das nicht gelten.

Wer auf die Sondersituation, die das Leben aller Beteiligten erschüttert hat, mit Prüfungen reagiert, hat aus unserer Sicht die Bildungsaufgabe nicht im Blick und nicht richtig verstanden.

Die Abschlüsse in diesem Jahr ohne eine zentrale Klausur zu vergeben, stellt das Prinzip der Standardisierung in der Strategie der KMK nicht infrage.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Doch! Genau das!)

Wie bei den 10er-Regelungen wären auch für das Abitur Ausgleichsregelungen denkbar und machbar.

(Helmut Seifen [AfD]: Nein!)

Das bewusste Missinterpretieren des gemeinsamen Impulspapiers der Grünen ändert daran nichts, Frau Kollegin;

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

denn es schließt solche möglichen KMK-Regelungen, wie wir sie heute Morgen gehört haben, ausdrücklich ein.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Überhaupt nicht!)

Wir haben es in dieser Krise in der Tat an jeder Stelle mit einer politischen Güterabwägung zu tun.

Diese Güterabwägung formulieren namhafte Erziehungswissenschaftlerinnen und Pädagoginnen in einer Petition an den Bundestag so: Es sind

„Strukturen und Prozesse zu schaffen, die Schülerinnen und Schüler psychisch und sozial entlasten. ... Leistungsdruck und Angst dürfen in den nächsten Monaten nicht den Unterricht und das Leben der Schülerinnen ... bestimmen, nur um die herkömmlichen Übergänge im Bildungssystem in herkömmlicher Form zu sichern.“

Das ist deren Appell.

Sie treffen diese Güterabwägung anders. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber bitte verabschieden Sie sich von der Erzählung, es laufe ja alles gut. Denn das, was läuft, ist am wenigsten Ihr Verdienst.

Das macht nicht nur das Schreiben der kommunalen Spitzenverbände vom 27. April 2020 deutlich: Bis heute sind noch ganz viele Dinge im Unklaren.

Es wird auch durch das intensive Schreiben der Schulleitungsvereinigung die Grundsichlsituation betreffend deutlich. Ich will daraus zitieren:

„Die Telefone laufen bei der Schulleitungsvereinigung NRW heiß, die E-Mail-Fächer laufen über, weil wir inzwischen mit verzweifelten Schulleitungen zu tun haben, die am Rand ihrer Kräfte sind.“

(Helmut Seifen [AfD]: Ach!)

„Diese Schulleitungen reiben sich für ihre Systeme auf, versuchen, in dieser Krise so gut es geht zu handeln.“

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Heute gab es dann um 13:13 Uhr eine SchulMail bezüglich der Grundschulplanung. Aber auch dort: viele Unwägbarkeiten, nur Rahmeneckpunkte und viel Ungeklärtes.

Wir treffen unsere Güterabwägung in Bezug auf die Prüfungen und die Bildungsprozesse anders. Wir setzen unseren Schwerpunkt auf die Bildung.

(Helmut Seifen [AfD]: Eben nicht!)

Deshalb legen wir gleich auch den Änderungsantrag vor.

In unveränderter Form können wir dem Gesetz nicht zustimmen. Das bedaure ich außerordentlich. Aber wenigstens die Notfalloption hätte mit aufgenommen werden können.

Wir haben Ihren politischen Willen zur Kenntnis genommen, die Prüfungen so durchzuführen. In der Güterabwägung halten wir dies nicht für richtig. Das habe ich dargelegt. Ich bitte, das genau so zu respektieren.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Den Respekt habe ich bei Ihnen bei Twitter nicht gesehen!)

Das nimmt Schülerinnen und Schüler ernst, es nimmt die Schulen ernst, es nimmt die Besorgnisse in den

Schulen ernst, und es nimmt die organisatorischen Herausforderungen in den Schulen ernst.

Deswegen weiß ich nicht, ob die Ausführungen und die Tonlage, die Sie hier eben präsentiert haben, der Sache auch gerecht geworden sind. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Es gibt eine Kurzintervention aus den Reihen der SPD. Der Abgeordnete Ott hat das Wort. Bitte schön.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Ach, kommt jetzt wieder eine Stützfrage? – Gegenruf von Sarah Philipp [SPD]: Erst einmal abwarten und zuhören und dann vielleicht kommentieren!)

Jochen Ott (SPD): Danke schön. – Frau Beer, ich möchte Ihnen aus dem eben zitierten Schreiben der Schulleitungsvereinigung noch zusätzlich etwas vorlesen. Dort heißt es nämlich:

„Wir Schulleitungen erfahren aus Presse und Fernsehen, welche Pläne Sie verfolgen. Zunächst heißt es, der Schulstart für die Viertklässler ist am 4. Mai 2020. Nun hören wir aus dem Radio, dass der Schulstart am 9. Mai sein wird. Wann wollen Sie eigentlich die Schulen informieren?“

Ein weiteres Schreiben kam gestern Abend von den Schulleitungen der Grundschulen in Frechen, die sich massiv darüber beschwerten, dass sie als Schulleitungen so dargestellt werden, als hätten sie zu Hause die ganze Zeit die Füße hochgelegt. Sie schreiben:

Wir planen ohne Ihre Vorgaben – Planung mit sehr vielen Unbekannten, die bis heute nicht geklärt sind. Eltern, Kollegien, Schulleitungen brauchen verlässliche Informationen. Informationen seitens des Ministeriums werden entweder zu unmöglichen Uhrzeiten mit kurzfristigen Reaktionszeiten geliefert oder erst nach dem Gültigkeitsbeginn. Wichtige Informationen müssen wir teilweise der Presse entnehmen oder gar selber auf die Suche gehen – zum Beispiel die erweiterten Berufsfelder für die Notbetreuung, Beendigung der Notbetreuung an Wochenenden, aktuelle Informationen zum Wiederbeginn des Unterrichts.

Wir bekommen laufend Dutzende von Schreiben. Liebe Sigi Beer, sind diese Schreiben alle von SPD und Grünen angestachelt? Haben wir uns verständigt, die Eltern, die Schulleiter und die Lehrerinnen und Lehrer zu bitten, das zu schreiben?

Ich nehme die Antwort für mich vorweg. Man sieht einfach, dass Sie als Landesregierung gar nicht zur Kenntnis nehmen, was in diesem Land los ist. Dass

Sie das der Frau Beer vorwerfen, ist nicht in Ordnung. Deshalb wollte ich diese Kurzintervention machen, um das deutlich zu machen. Ich möchte Frau Beer auch noch fragen: Haben Sie es auch so verstanden wie ich, dass heute im Ausschuss definitiv erklärt wurde: Den Notfall wird es nicht geben.

Das war für mich der Anlass, warum ich gesagt habe: Das ist ein Punkt, bei dem man noch einmal seine eigene Position sehr klar zum Ausdruck bringen muss, damit deutlich wird, dass das nicht unsere Vorstellung von vorsorgender Politik ist.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke, Herr Kollege Ott, für die Kurzintervention. Ich will darauf antworten, dass diese besorgniserregenden Äußerungen von allen Seiten kommen. Wenn die Ministerin hier erzählt, dass doch alles immer so gut laufe und so gut vorbereitet sei, dann habe ich das eben in einem kurzen Satz schon dargestellt: Das ist nicht ihr Verdienst.

Die Kommunen haben es gestemmt mit all den Fragen. Die Schulen haben es vor Ort gestemmt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Und Sie stemmen es im Augenblick. Ich habe das gestern mit dem Dankeschön sehr deutlich gemacht.

Ja, in den Zuschriften beklagen sich alle und sind verbittert über die Informationspolitik. Ich habe Schreiben, in denen steht: Seit 20 Jahren hat es ein solches Chaos nicht gegeben. Das habe ich noch nicht erlebt in meiner Dienstzeit.

(Franziska Müller-Rech [FDP]: Thema Inklusion: Die Schule des gemeinsamen Lebens!)

Ich habe in den letzten 20 Jahren nicht erlebt, was sich hier jetzt abspielt. – Ich kann es Ihnen gerne zugänglich machen. Und dann die Sorgen der Eltern und der Schülerinnen und Schüler: Sie fühlen sich in keinster Weise ernst genommen.

Viele Fragen sind offengeblieben, auch bezüglich der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Wir haben heute früh vereinbart, dass wir das durchgeben und mit auf den Weg geben. Wir haben aber auch noch viele Detailfragen, weil so viel ungeregelt ist. Da nützen auch zwei dürre Worte zum Sportabitur nichts. Allein aus den Rückmeldungen zum Thema „Sportabitur“ kann ich Ihnen ein ganzes Buch schreiben. Ich kann Ihnen ein ganzes Buch aus den Fragen vorlegen, die zu Detailgeschichten abzarbeiten sind.

Ich gestehe Ihnen zu: Ja, in der Krise kann nicht alles zu 100 % geregelt werden. Aber alle Optionen offenzuhalten, damit man alle Handlungsmöglichkeiten hat, das ist Ihre politische Pflicht. Und der kommen Sie nicht nach.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Herr Seifen das Wort.

Helmut Seifen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der zweiten Lesung des Gesetzes zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen kann der Landtag die Voraussetzungen dafür schaffen, den Weg in die Normalität einzuleiten, und vor allem den Schülerinnen und Schülern, die eine lange Schullaufbahn hinter sich haben, endlich die Gelegenheit geben, diese mit der Abschlussprüfung abzuschließen. Das Gesetz berücksichtigt dabei die besondere Situation, die durch die Schließung der Schulen zwei Wochen vor den Osterferien entstanden ist.

Die Verlegung der Abiturprüfungen in den Mai hinein und die Sonderregelung für das Nachholen der Vorabiturklausuren an einigen wenigen Schulen haben Druck von den Schülerinnen und Schülern genommen, allerdings den Korrekturlehrkräften ein mächtiges Pensum an Arbeit aufgelastet.

Hier soll von dieser Stelle diesen Lehrkräften schon einmal für die Arbeit gedankt werden, die sie in der sehr kurzen Zeit geleistet haben. Es sind nicht nur Krankenpfleger und Polizisten, die in dieser Zeit besonders herausgefordert sind, sondern ganz viele Menschen an den unterschiedlichsten Arbeitsplätzen und eben auch die Lehrkräfte. Wir bedanken uns ganz herzlich dafür.

(Beifall von der AfD)

Wir von der AfD begrüßen ausdrücklich, dass das Land die Prüfungen durchführen lässt. Die Prüfungen garantieren die Rechtssicherheit des Abschlusszeugnisses und stellen eine Belohnung dar für die jahrelange Arbeit in der Schule.

Es wäre noch zu überlegen gewesen, Nachschreibtermine auch für die Zeit nach den Sommerferien für Schüler zu terminieren, die jetzt erkrankt sind und an den Prüfungen im Mai und Juni nicht teilnehmen können. Diese dann ad hoc festzulegen, falls der Notfall eingetreten ist, bedeutet unnötigen Druck und Stress. Hier hätte man gleich eine Lücke anbieten können.

In diesem Sinne ist es auch klug und richtig, die Zentralität der Prüfungen für die mittleren Abschlussprüfungen auszusetzen, können doch die Lehrkräfte vor Ort unterrichtsangepasste Abschlussklausuren stellen, so wie das in früheren Zeiten immer üblich war. Es ist ja nichts Neues.

Das Gleiche gilt für die Absetzung der zentral gestellten Klausuren in den Fächern Deutsch und Mathematik für die Einführungsphase der gymnasialen Schullaufbahn. Hier hätte man natürlich ebenfalls noch verpflichtend eine intern gestellte Klausur festlegen können. Aber angesichts der Arbeitsbelastung

der Korrekturlehrer verzichtet die AfD hier auf einen Änderungsantrag.

Es geht ja hier nicht um Klein-Klein. Wir vertreten sowieso die Auffassung, dass der Rahmen für die pädagogische und unterrichtliche Tätigkeit der Lehrkräfte nicht zu eng sein sollte.

Da sind Fachkräfte vor Ort, die in höchster Verantwortung ihre Aufgaben wahrnehmen zum Wohle der ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler.

Hier im Parlament machen besonders Rote und Grüne aus diesen verantwortungsvollen erwachsenen Menschen, die jahrelange Berufserfahrung hinter sich haben, kleine ängstliche Osterhasen, die zitternd in ihren Schulen sitzen und nicht mehr wissen, was sie machen sollen.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch!)

– Herr Ott, ich weiß nicht, was Sie für Lehrkräfte und Schulleiter kennengelernt haben. Ich habe solche nicht kennengelernt. Das sind selbstbewusste Leute, die wissen, wie sie ihre Schule führen müssen.

Man kann sich darauf verlassen, dass die Kollegien zusammen mit den Schulleitungen und den Stufenkoordinatoren gewissenhaft die Durchführung von Unterricht und Prüfungen den jeweiligen Erfordernissen gemäß organisieren und reibungslos durchführen.

Ich begrüße auch ausdrücklich, dass sich das Gesetz beim Versetzungsvorgang auf diese Expertise vor Ort stützt und sie ausdrücklich als Regelungsgröße einplant, auch das Verfahren am Ende der Erprobungsstufe. Denn die auf die Schüler bezogene erfolgs- und leistungsorientierte Schullaufbahnberatung ist die Voraussetzung für gelingendes Lernen, das zu der Zufriedenheit führt, die wir alle wünschen. Dies wird durch das Gesetz ermöglicht.

Möglicherweise hätte das Gesetz festhalten sollen, dass am Ende des Halbjahres der nächst höheren Klasse eine Versetzungsentscheidung wenigstens nachträglich erteilt wird, denn der Übergang in eine höhere Klassenstufe ist ein Rechtsakt. Er bedarf der Versetzungsentscheidung. Wenn dieser Rechtsakt jetzt aus verständlichen Gründen ausgesetzt wird, müsste er eigentlich nachgeholt werden.

Allerdings ist die Schule auch ein Ort des Probierens und des geduldigen Begleitens von Schülerinnen und Schülern bei ihrer Leistungs- und Persönlichkeitsentwicklung. Insofern können die einzelnen Schülerinnen und Schüler spätestens im neuen Schuljahr mögliche Defizite aufarbeiten und ausgleichen. Da habe ich volles Vertrauen.

Man hört ja sowieso allenthalben, dass in vielen Schülern die Sehnsucht nach einem geordneten Schulunterricht gewachsen ist, sodass diese erzwungene Schulpause vielleicht sogar zu einem Motivations Schub führt.

Wenn ich von Sehnsucht nach Schule spreche, Herr Ott, dann meinen die Schülerinnen und Schüler nicht den Schulzirkus, den Sie mit Ihrem Antrag beabsichtigen, einzurichten, sondern dann meinen sie eine ernstzunehmende geistige Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Fachlehrstoff. Denn Sie mögen es nicht glauben, aber die meisten Schüler interessieren sich tatsächlich für den Fachlehrstoff.

Um Projektwochen vorzubereiten, die Nutzen bringen sollen, bedarf es viel Zeit und Arbeitskraft. Das jetzt in dieser angespannten Situation zu fordern, ist also mehr als unüberlegt und lässt mich daran zweifeln, dass Sie mit dem Schulbetrieb Erfahrungen haben. Diese Arbeit überlastet die gesamte Schulgemeinde in dieser Situation und verhindert vor allem weiterhin das konzentrierte und geordnete Lernen.

Wir lehnen deshalb den Antrag der SPD ab, auch den Entschließungsantrag, ebenfalls den Antrag der Grünen, aber stimmen natürlich dem Gesetz zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Gebauer das Wort. Bitte schön.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Beer, Sie haben gesagt, Sie setzen auf den Schwerpunkt Bildung. Dem muss ich widersprechen: Sie setzen auf das Durchschnittsabitur, und das vehement. Das kann man tun. Das ist Ihr Weg. Aber das muss man dann auch offen so sagen und offen so kommunizieren und nicht andere Dinge dafür in Anspruch nehmen, sondern dann auch zu dem stehen, was man möchte. Das wollen Sie hier für unsere Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Ich habe Ihnen nach meiner Erinnerung schon mehrfach dargelegt, warum ich das als verantwortungslos empfinde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das habe ich in der Vergangenheit gesagt, und das sage ich auch heute.

Wir haben uns bereits gestern im Plenum und heute Morgen noch einmal im Ausschuss ausführlich mit dem vorliegenden Bildungssicherungsgesetz beschäftigt. Wir alle sind uns der großen Verantwortung bewusst, die es ist, unseren Schülerinnen und Schülern hier beste Bildungschancen zu geben.

Zum Stichwort „Verantwortung“, liebe Frau Voigt-Küppers: Regierungshandeln erfordert, Verantwortung zu übernehmen. Das tue ich als zuständige Schul- und Bildungsministerin. Denn das ist mein Amtsverständnis.

(Beifall von Franziska Müller-Rech [FDP])

Ich denke, da spreche ich auch für alle meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich möchte hier vor der abschließenden Abstimmung in zweiter Lesung nur noch ein paar Aspekte kurz hervorheben.

Die Pandemielage fordert alle am Schulleben Beteiligten enorm. Das ist schon angesprochen worden: Unsere Schulen vor Ort, unsere vielen Lehrerinnen und Lehrer, unser pädagogisches und sozialpädagogisches Personal, aber auch die Eltern, die Schulträger und alle ihre Mitarbeiter leisten in diesen ungewöhnlichen Zeiten Außergewöhnliches. Dafür möchte ich ihnen meine Anerkennung aussprechen und ihnen ausdrücklich danken.

Mir ist ebenfalls bewusst, wie schwierig die Lage für unsere Kinder und Jugendlichen ist, natürlich auch für unsere Abiturientinnen und Abiturienten. Aber wir haben nicht nur Abiturientinnen und Abiturienten, die vor Prüfungen stehen, sondern wir haben auch Zehntklässler, die ihre Prüfungen in diesem Jahr ablegen.

Sie müssen dieses Jahr nicht nur mit dem normalen Prüfungsdruck zurechtkommen, mit dem wir ja alle schon einmal in irgendeiner Situation konfrontiert worden sind, sondern sie müssen sich unter den Pandemiebedingungen auf die Prüfungen vorbereiten. Hinzu kommen – das ist richtig – auch Nöte, Ängste, Sorgen um ihre eigene Gesundheit, aber auch um die Gesundheit ihrer Angehörigen und Freunde.

Gleichwohl können und dürfen wir von der Durchführung der Abiturprüfungen, der Prüfungen generell, nicht absehen, auch im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler. Ich kann nur immer wieder betonen, dass die Kultusministerinnen und -minister aller 16 Bundesländer beschlossen haben, dass die Abiturprüfungen unter Beachtung des Infektionsschutzes stattfinden sollen. Nur so schaffen wir es, die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse bundesweit zu sichern. Die KMK hat einvernehmlich ...

Präsident André Kuper: Frau Ministerin, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Kollegen Ott. Gestatten Sie die?

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Dann lasse ich die gerne zu.

Präsident André Kuper: Bitte.

Jochen Ott (SPD): Danke schön, Frau Ministerin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Meine Frage

ist: Was passiert, wenn im Laufe der Abiturprüfungen an verschiedenen Schulen der Fall auftritt, dass mehrere Jugendliche infiziert sind und das Abitur nicht abgelegt werden kann? Was passiert dann? Was ist dann der Notfallplan?

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Ott, ich habe auch diesbezüglich schon mehrfach ausgeführt, was dann passiert. Wenn es einen Pandemiefall vor Ort gibt, der erst einmal durch das Gesundheitsamt festgestellt werden muss, dann entscheidet das Gesundheitsamt mit dem Schulträger und unter Berücksichtigung der Schulleitung, was mit diesem Kurs, was mit diesem Personenkreis passiert.

Wir sind in Nordrhein-Westfalen in Bezug auf Nachschreibetermine gut aufgestellt. Das ist natürlich von dem Zeitpunkt abhängig, wann dieser Pandemiefall vor Ort auftritt.

Herr Staatssekretär Richter hat heute Morgen im Ausschuss ausführlich dargelegt, welche Szenarien auch im Zusammenspiel mit den Staatssekretären, mit den Kultusministern dann greifen, wenn es keine Möglichkeit mehr gibt, entsprechende Prüfungen im Rahmen der Nachschreibetermine ablegen zu können. Dafür gibt es eine Regelung.

Präsident André Kuper: Vielen Dank. Jetzt gibt es noch eine weitere Zwischenfrage von der Frau Kollegin Voigt-Küppers.

Eva-Maria Voigt-Küppers (SPD): Frau Ministerin, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich würde da gerne nachhaken und möchte wissen, was Sie denn tun würden, wenn es, was ja nicht ausgeschlossen ist – das sagen zumindest die Virologen –, zu einem zweiten Shutdown käme, der vielleicht über sechs, sieben Wochen dauern würde. Sind Sie der Meinung, dass das dann die örtlichen Schulträger und Gesundheitsämter alleine geregelt bekommen?

Präsident André Kuper: Frau Ministerin.

Yvonne Gebauer^{*)}, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es zu einem zweiten Shutdown kommen sollte, müssten wir alle noch einmal über alles nachdenken, und dann werden wir uns in ganz vielen Bereichen neu entscheiden müssen. Dazu gehört in diesem Fall auch der Schulbereich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich kann nur noch mal betonen, dass die Kultusministerinnen und -minister aller 16 Bundesländer

beschlossen haben, dass die Abiturprüfungen unter Beachtung des Infektionsschutzes stattfinden sollen. Nur so schaffen wir es, die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse bundesweit zu sichern.

Wir haben einvernehmlich festgelegt, dass das Abitur durch Prüfungen erworben wird. Einen Sonderweg Nordrhein-Westfalens durch den Verzicht auf Prüfungen oder durch die Vergabe eines Durchschnittsabiturs würde die Anerkennung unserer Abschlüsse infrage stellen. Das kann ich als Ministerin nicht vertreten, und ich halte es für unverantwortlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben alle erforderlichen und notwendigen Maßnahmen getroffen, damit die Schülerinnen und Schüler unter den gebotenen hygienischen Maßnahmen ihre Prüfungen ablegen können.

Ich habe zu Beginn von der Verantwortung gesprochen, und ich spreche am Ende noch einmal von der Verantwortung: Wir als Landesregierung übernehmen Verantwortung für unsere Schülerinnen und Schüler, auch in Bezug auf ihre Zukunft. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Daher schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Erstens stimmen wir über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/9108 ab. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, CDU, FDP und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/9108 abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/9051 ab. Der Ausschuss für Schule und Bildung empfiehlt in Drucksache 17/9104, den Gesetzentwurf Drucksache 17/9051 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. – Das sind SPD, CDU, FDP und AfD. Wer stimmt dagegen? – Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/9051 in der zweiten Lesung angenommen und verabschiedet**.

Wir stimmen drittens ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/9119. Wer möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind Grüne, CDU, FDP und AfD. Enthaltungen gibt es

dann nicht. Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

(Zuruf – Arndt Klocke [GRÜNE]: Nein, wir würden uns enthalten!)

– Moment. Okay, es gab unterschiedliche Wortmeldungen. Ich würde das noch mal feststellen lassen wollen. Ich wiederhole es zu Sicherheit. Wer möchte diesem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP und AfD. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/9119 abgelehnt**.

Wir stimmen viertens über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/9136 ab. Er möchte diesem Entschließungsantrag zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind Grüne, CDU, FDP und AfD. Ich frage der Form wegen nach Enthaltungen. – Es gibt keine. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 17/9136 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

6 Das Land muss die Existenz von Künstlerinnen und Künstlern und freien Journalistinnen und Journalisten nachhaltig sicherstellen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9032

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/9122

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellende Fraktion der SPD dem Abgeordneten Bialas das Wort.

Andreas Bialas (SPD): Herr Präsident! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich komme bei diesem Punkt direkt zum Kern: Wir müssen unsere Künstlerinnen und Künstler in NRW schützen, ihre Existenz sichern und ihnen einen fairen Weg durch die Krise anbieten. Klatschen ist – wie in vielen anderen Berufssparten derzeit auch – das eine, aber die finanzielle Existenzsicherung zu ermöglichen, ist das andere, und das ist wichtiger.

Wir haben hier einen Antrag für Künstlerinnen und Künstler, Journalistinnen und Journalisten; er gilt grundsätzlich aber für alle Solo-Selbstständigen.

Ich komme zum ersten Punkt. In unserem Antrag steht nicht – weil wir es eigentlich für eine Selbstverständlichkeit gehalten haben –, dass das Sofortprogramm, das Sie richtigerweise hier in Nordrhein-